



**INFORMATIONSBRIEF [01/2022]
DER CHRISTLICHEN LIBERALEN E.V.**



Inhalt

Editorial	1
Geistliches Wort	2
Stellungnahme zum Angriffskrieg auf die Ukraine	6
Waffenlieferungen und der gerechte Frieden	6
Die Ukraine und die Weltreligionen	9
Wiedergeburt	11
Islamismus an Berliner Schulen	13
«Naiv» als antiliberaler Narrativ	15
Die Abschaffung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche	19
Weniger Deutsche mit christlicher Bindung	21
Mitteilung	23

Editorial

Berlin, Ostern 2022

Liebe Mitglieder der Christlichen Liberalen, sehr geehrte Damen und Herren!

Für die Osterausgabe dieses Infobriefs haben wir wieder eine Vielzahl von Beiträgen zu politischen Themen zusammengestellt, mit denen wir Sie über ein breites Spektrum politischer und gesellschaftlicher Fragen informieren und Ihnen christlich-liberale Perspektiven an die Hand geben möchten. In guter Tradition beginnen wir mit einem geistlichen Wort, diesmal von unserem geschätzten Vorstandsmitglied Gunter Zimmermann. Nach der Stellungnahme der Christlichen Liberalen zum Angriffskriegs auf die Ukraine folgen Beiträge zu Waffenlieferungen und den gerechten Frieden, zu den Weltreligionen und der Ukraine, Wiedergeburt, Islamismus an Berliner Schulen, Naivität als antiliberaler Narrativ, der Abschaffung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche und die abnehmende Zahl der Kirchenmitgliedschaften der Deutschen. Bitte beachten Sie die abschließende Mitteilung für alle Mitglieder.

Der Vorstand der Christlichen Liberalen wünscht Ihnen und Ihren Familien ein schönes und gesegnetes Osterfest 2022 und vor allem natürlich Gesundheit und Frieden!

Pascal Kober MdB

1. Vorsitzender

Geistliches Wort

Von Gunter Zimmermann

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Mitglieder und Freunde der Christlichen Liberalen,

die Kreuzigung als Hinrichtungsart stammt aller historischen Wahrscheinlichkeit nach von den Phöniziern. Anders als das einfache Hängen sollte sie den Todeskampf so lange wie möglich ausdehnen. Die Verurteilten starben durch Erfrieren oder Verhungern einen qualvollen Tod. Für die Römer, die das Kreuzigen von den Karthagern übernahmen, war die Kreuzigung in erster Linie eine politische Strafe zur Sicherung und Aufrechterhaltung der „pax romana“ nach innen und außen. Das möglichst lange qualvolle Sterben der Gekreuzigten sollte den Verurteilten demütigen und die Zuschauer einschüchtern und abschrecken.

Vorschriften zur Durchführung der Kreuzigung sind bisher nicht bekannt, den oft aus abgeordneten Soldaten zusammengesetzten Hinrichtungskommandos wurde ein hohes Maß von Freiheit in der Ausübung ihres Auftrags zugestanden. Die vollständige Prozedur bestand in der Kaiserzeit in der Regel aus vier Schritten, die auch bei der Kreuzigung Jesu genannt werden: der vollständigen Entkleidung des Verurteilten und dessen öffentlicher Geißelung, dem erzwungenen Tragen des Querbalkens zur Hinrichtungsstätte (seit Alexander dem Großen waren feststehende Richtplätze in den Diadochen-Reichen und später im Römischen Reich üblich), dem Fesseln oder Annageln des Körpers des Verurteilten an den Querbalken, und schließlich dessen Befestigung auf dem vorbereiteten Pfahl. Dabei wurden Mensch und Querbalken hochgehoben und mit dem senkrechten Pfahl verbunden.

Der Tod durch Ersticken, Kreislaufkollaps oder Herzversagen trat bei nicht schon vorher geschwächten Menschen meist innerhalb von drei Tagen ein. Ihm gingen Qualen wie Durst, Wundbrand und Verkrampfung der Atemmuskulatur voraus, je nach Jahreszeit

auch Hitzeschäden bzw. Erfrierungen.

Niemand hat die Worte Jesu am Kreuz protokolliert. Die Evangelisten haben sie vielmehr formuliert, um noch einmal zum Abschluss die Botschaft des Rabbis aus Nazareth in markanten Stellungnahmen zusammenzufassen. Einzig der Evangelist Lukas fügt in den vom Evangelisten Markus stammenden Bericht das Wort ein: „Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun“ (Lk 23,34a).

In dieser Situation der Demütigung, der Erniedrigung und des nahenden Todes ist das Wort Jesu nicht nur überraschend und ungewöhnlich, sondern sogar unverständlich. Wie kann ein derart Geschundener und Gequälter ohne Bitterkeit an seine Peiniger denken und für sie eintreten? Die Bitte kann deswegen nur aus dem gesamten Evangelium erklärt werden, das der Evangelist auf den Punkt bringen will. Lukas hat dabei intuitiv erkannt, dass die Vergebung (der Sünden) der Kern der Botschaft Jesu ist. Markus bringt auf seine Weise denselben Gedanken zum Ausdruck, indem er an den Beginn der Auseinandersetzung mit den Pharisäern ein Streitgespräch über die Vergebung stellt. Von der Grundbedeutung her ist „vergeben“ eine Verstärkung des einfachen Verbs „geben“, weshalb z.B. Ämter, Stellen, Stipendien, Aufträge usw. „vergeben“ werden können. Am gebräuchlichsten ist aber das Verständnis von „vergeben“ als „verzeihen“, das ja ebenfalls aus dem einfachen „zeihen“ (beschuldigen, bezichtigen) entwickelt wurde. Das Modell, dass bei der Verwendung von „vergeben“ und „verzeihen“ vor Augen steht, ist der Verzicht auf eine rechtmäßige Forderung, auf einen rechtmäßigen Anspruch, das „Weggeben“ eines eigenen Besitztitels, eines eigenen Guts. Derjenige, dem vergeben wird, hat eine Tat begangen, die zum einen den Vergibenden geschädigt und auf die zum anderen der Täter von Rechts wegen eine Entschädigung zu leisten hat. Der Vergibende schenkt dem Schuldigen den Ausgleich, den er eigentlich in einem gerechten Prozess zu erbringen hat, er „entschuldigt“ ihn gewissermaßen und betont im gleichen Sinne, dass er ihm sein Vergehen nicht länger „nachträgt“, er nimmt ihm also eine Last ab.

Jesus bittet mit den Worten des Evangelisten, dass sein himmlischer Vater den römischen

Soldaten ihre Untat nicht anrechnet und ihnen ihre Schuld erlässt. Nach dem Gehalt seiner Botschaft ist er aber auch begreiflicherweise davon überzeugt, dass der Allmächtige genau dies auch tun wird.

Überraschend ist zweifellos neben der Bitte selbst die Begründung der Bitte. Was soll es bedeuten, dass das Hinrichtungskommando nicht weiß, was es tut? Man kann nicht ausschließen, dass Lukas an dieser Stelle die bekannte apologetische Tendenz aller Evangelisten zum Ausdruck bringen will, die römische Administration von der Verantwortung für die Kreuzigung Jesu möglichst zu entlasten und sogar freizusprechen und die gesamte Schuld „den Juden“ zuzuschreiben, eine ausgesprochen verhängnisvolle Tendenz, wie für niemand mehr ausgeführt werden muss. Dennoch kann daneben auch als Sinn vermutet werden – das ist kein Widerspruch in der Interpretation –, dass die römischen Soldaten nicht wissen, dass sie den Retter, den Heiland, den Erlöser ans Kreuz schlagen, dass sie mithin an ihrem eigenen Heil, volkstümlich gesprochen: an ihrem eigenen Glück, vorbeigehen. Sie wissen nicht, was sie tun, indem sie ihre eigene Aussicht auf Glück und Heil verschenken.

Der Spruch Jesu ist demnach auch eine Aufforderung an uns, dass wir selbst stets wissen, was wir tun. Das kann sicherlich für viele Bereiche gelten, an Ostern bedeutet es aber in erster Linie, dass wir in jedem Moment, bei allen unseren Taten wissen, dass unser himmlischer Vater uns annimmt und akzeptiert, uns versteht und unterstützt, dass er uns unsere Schuld nicht anrechnet, dass er auf alle Forderungen verzichtet, die sich aus unserem Fehlverhalten, aus unseren Übertretungen, aus unseren Versäumnissen, aus unseren Unterlassungen ergeben haben, dass er, mit anderen Worten, uns unsere Sünden vergibt.

Und wie steht es nun mit unserer Bereitschaft zur Vergebung? Die Antwort verlangt im Grund eine sehr ausführliche Erörterung, ich will mich damit begnügen, auf den wesentlichen Unterschied zwischen der göttlichen und der menschlichen Gerechtigkeit hinzuweisen. In der göttlichen Gerechtigkeit, wie sie unübertroffen in den Gleichnissen

Jesu geschildert wird, ist die Vergebung der Mittelpunkt des gesamten göttlichen Handelns, man denke an das Gleichnis vom verlorenen Sohn. Auf diesem Prinzip kann aber kein System menschlicher Gerechtigkeit aufgebaut werden, in dem, wie der Rabbi Jakob Neusner sehr schön bemerkt hat, der Widerstand gegenüber dem Bösen, das Verlangen nach Entschädigung für getanes Unrecht, der Kampf gegen ungerechte Verhältnisse, die unumstößliche Grundlage ist. „Die Bösen bestrafen und die Guten belohnen“, ist in der Reformationszeit die gängige Formel für die Aufgabe einer staatlichen Regierung. Unter diesem Gesichtspunkt kann Vergebung niemals ein Gesetz sein, sie kann niemals zu einem rechtlich begründeten Gebot oder einer rechtlich begründeten Forderung werden. Wenn ein Mensch einem anderen vergibt, kann dies immer nur ein spontaner Akt sein, zu dem er nicht verpflichtet ist und der von ihm nicht erwartet werden kann. Von „müssen“, wie Jens Spahn dies vor zwei Jahren formuliert hat, kann keine Rede sein, wie übrigens auch, sachlich gesehen, der Vater den verlorenen Sohn keineswegs wieder in sein Haus aufnehmen musste.

Jesus fordert uns jedoch, gerade an Ostern, auf, auf unseren himmlischen Vater zu vertrauen, der uns in unserem ganzen Dasein akzeptiert, der uns hilft und beisteht – und der uns unsere Sünde vergibt.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen „Frohe Ostern“!



Stellungnahme zum Angriffskrieg auf die Ukraine

Wir christlichen Liberalen verurteilen den Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine aufs Schärfste.

Wir christlichen Liberalen stellen fest, dass der russische Präsident Wladimir Putin für seine Ziele Krieg und Gewalt nicht ausschließt und Völkerrecht missachtet.

Wir christlichen Liberalen bekennen mit der gesamten christlichen Tradition sowohl der katholischen als auch den evangelischen Kirchen. Wir bekennen unsere Überzeugung, dass der gewaltsame, militärische Widerstand der Ukraine, unterstützt durch die internationale Gemeinschaft, gegen den Aggressor mit dem christlichen Glauben vereinbar ist. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Kampf zur Verteidigung der eigenen Souveränität mit allen gebotenen Mitteln unterstützt wird.

Wir christlichen Liberalen fordern die Bundesregierung und alle verbündeten Staaten auf, den Plänen und der Politik Russlands entschieden entgegenzutreten. Wir hoffen, dass die bisher bekundete Entschlossenheit auch für die Zukunft gilt und dauerhaft beibehalten wird.

Wir christlichen Liberalen danken dem Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, seiner Regierung und dem ukrainischen Volk, dass es mutig, tapfer und standhaft für die Ideen und Werte, d.h. für Freiheit und Selbstbestimmung, kämpft, die exemplarisch in den genannten Dokumenten niedergelegt sind.

Waffenlieferungen und der gerechte Frieden

Von Pascal Kober

Stimmen aus dem Raum der Kirche, die eine rechtsgebundene, defensive Gewaltanwendung zur Eindämmung und Beendigung von Gewalt als letztes Mittel kategorisch ablehnen, sprechen nicht für alle Christen.

Der russische Einmarsch in der Ukraine hat über Nacht eine Sicherheit erschüttert, die

die meisten Europäer und westlichen Länder für unerschütterlich hielten. Es handelt sich damit um einen Präzedenzfall in Europa, einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht und die Missachtung des Verbots der Gewaltanwendung.

Jeder Krieg bringt Leid, Verderben und Blutvergießen mit sich. Im jüngsten Licht der aktuellen Situation in der Ukraine zeigt sich, dass die Anwendung von Gewalt als letztes Mittel geboten sein kann. Weil jeder Krieg so schreckliche Folgen hat, müssen an die gerechtfertigte Gewaltanwendung zur Verteidigung die höchsten Anforderungen gestellt werden.

In der Friedensethik ist der Ansatz des "gerechten Krieges" durch das Leitprinzip des "gerechten Friedens" abgelöst worden. Gewaltlosigkeit und zivile Streitbeilegung haben demnach immer Vorrang. Wenn Frieden geschaffen werden soll, so muss er vorbereitet werden. In der Perspektive einer auf Recht gegründeten Friedensordnung sind Grenzsituationen nicht auszuschließen, in denen sich die Frage nach einem - wenn nicht gebotenen, so doch zumindest - erlaubten Gewaltgebrauch doch stellen kann. Im Sinne des christlichen Glaubens gelten für die Legitimation der Gewalt ethische Kriterien, die herangezogen werden müssen.

1. Es liegt ein gerechter Grund vor: Wenn ein Land den Weltfrieden bedroht oder in einem Land schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie ein Völkermord verübt werden. Russlands Einmarsch wirft die internationale Politik durcheinander und mit Blick auf die schrecklichen Entdeckungen in Butscha liegt es nahe, sich darüber Gedanken zu machen, ob in der Ukraine Verbrechen gegen die Menschlichkeit geschehen 2. Es gibt eine gerechte Absicht: Ziel eines Krieges muss sein, den Frieden wieder herzustellen oder das Unrecht zu beseitigen. Der ukrainische Verteidigungskrieg erscheint gerechtfertigt, wenn nicht gar gerecht 3. Der Gewaltgebrauch muss als äußerstes Mittel erforderlich sein, d.h., alle wirksamen milderen Mittel der Konfliktregelung sind auszuloten. Mit dem völkerrechtswidrigen Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine wurden alle gewaltlosen diplomatischen Bemühungen und Hoffnungen zerstört. Auch die einseitige

Abrüstung der Nuklearwaffen aufseiten der Ukraine hat ihre Lage nicht verbessert. Die bittere Realität: Trotz der ukrainischen Abrüstung und der bisherigen Absage der Bundesregierung, Waffen zu liefern, kam es zum Angriffskrieg 4. Verhältnismäßigkeit der Mittel: Das Mittel der Gewalt muss einerseits geeignet, d.h. aller Voraussicht nach hinreichend wirksam sein, um mit Aussicht auf Erfolg die Bedrohung abzuwenden oder eine Beendigung des Konflikts herbeizuführen; andererseits müssen Umfang, Dauer und Intensität der eingesetzten Mittel darauf gerichtet sein, Leid und Schaden auf das notwendige Mindestmaß zu begrenzen 5. Verhältnismäßigkeit der Folgen: Das durch den Erstgebrauch der Gewalt verursachte Übel darf nicht durch die Herbeiführung eines noch größeren Übels beantwortet werden; dabei sind politisch-institutionelle ebenso wie ökonomische, soziale, kulturelle und ökologische Folgen zu bedenken.

Nach herkömmlicher Auffassung der Ethik müssen alle diese Kriterien für den Einsatz legitimer Gegengewalt erfüllt sein, egal ob es sich um innerstaatlichen Widerstand, einen Befreiungskampf oder um militärische Konflikte zwischen Staaten handelt. So kann es sehr wohl gerechtfertigte Kriege geben. Angesichts dieser Sachlage hat die Ukraine das Recht auf Selbstverteidigung, und die Frage, die wir uns alle stellen müssen, ist, wie wir helfen können und was wir tun müssen. Denn auch wer selbst militärisch enthalten lebt, kann indirekt zum Blutvergießen beitragen.

Für uns Christen ist der Tod von Menschen immer die letzte und nach Möglichkeit zu vermeidende Option. Die Charta der Vereinten Nationen bestätigt „das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung“. Wir stehen völkerrechtlich in der Pflicht zu helfen, um weitere Gewalt zu verhindern. Wenn die Ukrainer ihre Verteidigung aus eigener Kraft nicht mehr stemmen können - können wir ihnen Unterstützung in Form von Waffenlieferung verweigern? Wir liberalen Christen wissen, dass Waffen zur Verteidigung letztendlich nicht den Frieden schaffen. Aber manchmal schaffen sie erst die Voraussetzung dafür, dass Gewalt endet und Frieden wachsen kann.

Die Ukraine und die Weltreligionen

Von Pascal Kober

Die katholische Kirche in Deutschland verurteilt den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und appelliert an die christlichen Kräfte auf beiden Seiten, sich für den Frieden einzusetzen. Die katholischen Bischöfe in Deutschland haben eine politische "Haltung der Entschlossenheit" im Ukraine-Krieg und Hilfe für die Opfer gefordert. In einer Erklärung der katholischen Deutschen Bischofskonferenz heißt es, mit dem Ukraine-Krieg sei die regelbasierte Ordnung in Europa aufgekündigt und Europa damit auf den Weg einer ungewissen Zukunft geschickt worden: „Die Invasion in die Ukraine ist auch ein Angriff auf Europa und seine Werte“. Zur Frage der Waffenlieferungen mahnen die Bischöfe bei den politischen Entscheidungsträgern an, präzise zu bedenken, was sie damit aus- und möglicherweise anrichten. Es sei grundsätzlich legitim, der Ukraine zu helfen, sich selbst zu verteidigen, sagen die katholischen Bischöfe. Und rufen den russisch-orthodoxen Patriarchen dazu auf, sich vom Krieg zu distanzieren.

Denn während Papst Franziskus im Petersdom um Frieden in der Ukraine bittet, unterstützt Patriarch Kyrill offensiv den Aggressionskurs Putins und spaltet damit die Kirchen. Das Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche, Patriarch Kyrill I., sagte in einer Predigt am 6. März, der russische Einmarsch diene dem Schutz der russisch-orthodoxen Christen in der ostukrainischen Donbass-Region „vor Gay-Pride-Paraden“. Sie würden ihnen von „Mächten“ aufgezwungen und seien ein Angriff auf christliche Werte. Daraufhin schlossen sich mehr als 280 Priester und Diakone der Russischen Orthodoxen Kirche zusammen und fordern das sofortige Ende des russischen Angriffs gegen die Ukraine. Hierfür unterzeichneten sie einen Aufruf, den die Initiative „Russian Priests for Peace“ veröffentlichte. Die Geistlichen erklären, die russische Invasion sei ein „Bruderkrieg“ und ein „Leidensweg, dem unsere Brüder und Schwestern in der Ukraine unverdientermaßen ausgesetzt sind“. Sie seien in Sorge um Leib und Leben, aber auch um das Seelenheil der kämpfenden Soldaten auf beiden Seiten. Zusammenfassend stellen

sie klar: „Wir respektieren die göttliche Freiheit des Menschen und glauben, dass das ukrainische Volk seine Entscheidung selbst treffen muss, nicht unter dem Gesichtspunkt automatischer Waffen“. Sie erinnerten außerdem an das göttliche Gebot „Selig sind, die Frieden stiften“ (Matthäus 5,9).

Die Evangelische Kirche in Deutschland verurteilt den russischen Angriff auf die Ukraine. „Es kommt auf uns an, den leidenden Menschen in der Ukraine, den verängstigten Menschen in unseren Nachbarländern, unsere Solidarität zu zeigen, keine billige, sondern eine, die uns etwas kostet. Es kommt auf uns an, den Menschen in Russland, die sich gegen den Krieg stellen, unsere Achtung zu bezeugen. Es kommt auf uns an, den Menschen, die flüchten, zu helfen und ihnen Wege zu öffnen, damit sie ihr Leben retten können“, so die Ratsvorsitzende der EKD, Annette Kurschus. Die Auslands-Bischöfin der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Petra Bosse-Huber, hat sich mit einem Brief an die Leitungen der Evangelisch-Lutherischen Kirche Europäisches Russland und der deutschen evangelisch-lutherischen Kirche in der Ukraine gewandt und so ihre Verbundenheit mit beiden Kirchen zum Ausdruck gebracht. Die frühere Ratsvorsitzende der EKD, Margot Käßmann, überkomme ein erschütterndes Gefühl von Ohnmacht bei den Bildern der bombardierten ukrainischen Städte, der verängstigten Kinder, weinenden Menschen und toten Zivilisten.

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland hat Moscheen, Mitgliedsorganisationen und Partnerverbände zur Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge aufgefordert. Ähnlich wie in den Jahren 2015 und 2016 solle Geflüchteten mit Unterkunft, Spenden und Solidarität beigestanden werden, heißt es in einem im März veröffentlichten Rundbrief des Zentralrats der Muslime (ZMD). Darin seien auch konkrete Hilfsangebote aus den Gemeinden abgefragt worden. „Unsere Hoffnung und unsere Gebete möge Gott erhören, dass dieser schreckliche Krieg gegen die Ukraine schnellstmöglich ein Ende nimmt, damit das Blutvergießen nicht weiter geht“, so der ZMD-Vorsitzende Aiman Mazyek. Insbesondere in der Kriegsregion in der Ostukraine lebten viele Muslime, was allerdings

nur wenig bekannt sei. „Wir sind der tiefen Überzeugung, Gott schenkt denen Frieden und Hoffnung, die Menschen in Not helfen. Als Muslime, als Europäer sind wir angehalten das zu tun und Menschen in Not - egal welcher Herkunft und Religion - unmittelbar Zuflucht zu gewähren“, betonte Mazyek.

Der Krieg in der Ukraine bedroht nach Angaben des Zentralrats der Juden in Deutschland auch die jüdische Gemeinschaft in dem osteuropäischen Staat. Der Vizepräsident des Zentralrats der Juden, Abraham Lehrer, sagt dazu: "Dieser Krieg zeigt, wie leicht entflammbar der anscheinend nie völlig verlöschende Funkenflug des Hasses ist und wie schnell er zum Flächenbrand wird.“ Der Krieg Russlands gegen die Ukraine mahne, "nichts für selbstverständlich zu nehmen und Angriffen gegen Demokratie und Menschenrechte, aus welcher Ecke sie auch immer kommen mögen, frühzeitig und entschlossen entgegenzutreten", so Lehrer.

Wiedergeburt

Von Gunter Zimmermann

Ein Ruf geht derzeit durch die Ukraine und die ganze Welt: „Slawa Ukraini, hoch lebe die Ukraine!“ Die Bewunderung, die die Ukraine nun in den Ländern des Westens erfährt, ist durch eine einfache Tatsache zu erklären: Sie ruft in Erinnerung, was man selbst einmal war und wie man selbst einmal gedacht hat. Dieser Krieg macht die Welt mit einem politischen Phänomen bekannt, das der dominierende Diskurs der westlichen Öffentlichkeit für delegitimiert und überwunden hielt: der Nation.

Vor aller Augen haben die Ukrainer (nicht einige Menschen, die zufällig in der Ukraine leben und schon länger dort wohnen) dem Kriegsverbrecher im Kreml und der gesamten Welt bewiesen, dass sie eins sind, ein Volk, eine Nation. Ihr tapferer und mutiger Widerstand und ihr Zusammenhalt belegen, was der französische Schriftsteller,

Historiker und Religionswissenschaftler Ernest Renan 1882 auf die Frage „Was ist eine Nation?“ antwortete: „Die Nation ist eine große Solidargemeinschaft, die durch das Gefühl für die Opfer gebildet wird, die erbracht wurden und die man noch zu erbringen bereit ist. Sie setzt eine Vergangenheit voraus und lässt sich dennoch in der Gegenwart durch ein greifbares Faktum zusammenfassen: die Zufriedenheit und den klar ausgedrückten Willen, das gemeinsame Leben fortzusetzen. Die Existenz einer Nation ist (man verzeihe mir diese Metapher) ein tägliches Plebiszit, wie die Existenz des Individuums eine ständige Bekräftigung des Leben ist.“

Die Ukraine zeigt, dass nur eine der post-nationalen Überzeugung der westlichen politisch-medialen Klasse zutiefst widerwärtige Haltung Menschen in die Lage versetzt, der Aggression einer imperialistischen Macht und dem Größenwahn eines Diktators zu trotzen und zu widerstehen.

Von der christlichen Theologie aus ist zu urteilen: Prinzipiell ist das Evangelium eine universale Botschaft und die bleibende Heimat der Christen ist nach dem Hebräerbrief (13,14) „die zukünftige Stadt“. Dennoch kann dies nicht als Aufforderung verstanden werden, ein unverbindliches Welt-bürgertum zu pflegen, das jedes eigene Opfer scheut. Vielmehr ist anzuerkennen, dass der europäische Nationalstaat der bewährte Entwurf einer durch gewachsene Bindungen gestärkten, konsensfähigen und damit wohl auch gemeinwohlfähigen Solidargemeinschaft ist. Der Historiker Heinrich August Winkler bezeichnet die historisch gewachsene Vielfalt der Nationen als eine der großen kulturellen Errungenschaften Europas. Auch die Europäische Union beruht auf der Grundlage eines Konzepts des Europas der Nationen.

Was den Liberalismus betrifft, ist sowieso evident, dass bis weit ins 19. Jahrhundert hinein Liberalismus und Nationalismus untrennbar waren. In seiner berühmten Schrift „Was ist der dritte Stand“ vom Januar 1789, der Flugschrift der Französischen Revolution, erklärt Abbé Emmanuel Joseph Sieyès unmissverständlich: Eine Nation „ist eine Gesellschaft, welche unter einem gemeinschaftlichen Gesetz lebt und durch ein und

dieselbe gesetzgebende Versammlung vertreten wird“. Und weiter: „Die Nation existiert vor allem anderen; sie ist der Ursprung von allem. Ihr Wille ist immer legal; sie ist das Gesetz selbst. Vor ihr und über ihr gibt es nur das natürliche Recht.“

In diesem Sinne feierten am 18. und 19. Oktober 1817 Studenten und Bürger ein großes nationales Fest auf der Wartburg. In den „Grundsätze der Deutschen Burschenschaften“ fassten die Autoren die Zielsetzungen zusammen: nationale Einheit und konstitutionelle Freiheit, Verfassung und nationale Repräsentation gegen den Partikular- und Polizeistaat und die feudale Gesellschaft. Nach dem Verfassungshistoriker Ernst Rudolf Huber kann dieser Text „als das erste deutsche Parteiprogramm“ bezeichnet werden, das Wartburgfest selbst als „die erste öffentliche Manifestation national-demokratischer Prinzipien in Deutschland“. Es gehört unzweifelhaft in die Geschichte des deutschen Liberalismus.

Die Erkenntnis, dass der militärischen Bedrohung durch freiheitsfeindliche Autokraten nur „die Nation“ entgegensteht, darf auch unter christlichen Liberalen nicht mehr verloren gehen.

Islamismus an Berliner Schulen

Von Pascal Kober

Seit der Ermordung von Samuel Patty, einem französischen Lehrer, haben sich auch hierzulande immer wieder Lehrer zu Wort gemeldet, ihre Angst vor islamistischer Gewalt beschrieben und Maßnahmen gefordert, um den offenbar zunehmenden Islamismus unter jungen Menschen zu bekämpfen.

Der Lehrer Samuel Patty wurde in einem Pariser Vorort enthauptet. Islamisten hatten ihm die Besprechung einer Karikatur des islamischen Propheten Mohammed im Schulunterricht vorgeworfen. Auch in Deutschland mehren sich islamistische Vorfälle im Umfeld von Schulen.

Laut Prof. Susanne Schröter, Direktorin des Forschungszentrums Globaler Islam an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, nimmt religiöses Mobbing zu. Schon im Grundschulalter gibt es Vorfälle von muslimischen Mädchen, die sich weigern neben Knaben zu sitzen. Es treffe aber nicht nur nichtmuslimische Kinder, die als Ungläubige beschimpft würden, sondern auch muslimische Kinder, die nicht den Radikalen folgen. Der Berliner Bezirk Neukölln gilt dabei als Brennpunkt für solche Konflikte. Säkulare Jugendliche aus muslimischen Familien werden dort von islamistischen Schulkameraden genötigt sich strengreligiösen Regeln anzupassen.

„Da ist ein Druck, dass man fasten muss, wenn man ein ordentlicher Muslim oder eine ordentliche Muslima sein will. Dass man dann ein Kopftuch tragen soll“, „Wir sehen Schulen, wo die Mädchen nicht am Sexualekunde- und Schwimmunterricht teilnehmen dürfen. Sie dürfen keinen Fahrradführerschein mitmachen. Und das wird nicht wirklich diskutiert“ sagte etwa ein befragter Mitarbeiter einer Jugendhilfeeinrichtung der WELT.

Muslimische Schüler werden aufgefordert, am Freitag in die Moschee zu gehen und keine Freundschaft mit nichtmuslimischen Mitschülern einzugehen.

Der „Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und berufliche Bildung“ hat bei einer Tagung im Dezember 2021 eine „Bestandsaufnahme“ des Problems vorgestellt. Darin hatten neun von zehn befragten Neuköllner Schulen von religiös begründetem Mobbing berichtet. Der Verein möchte will deshalb eine Stelle einrichten, wo Lehrkräfte solche Fälle melden können und Hilfe für den Umgang damit erhalten.

Doch vor allem viele Linke reden das Problem klein, Mahner werden allzu häufig als „antimuslimisch“ desavouiert.

Der Psychologe und Autor Ahmad Mansour, der sich als Student vom Islamismus gelöst hat und sich heute für eine differenzierte Betrachtung von Islamismus und Salafismus einsetzt, redet in diesem Zusammenhang vom Versagen des Westens, den politischen Islam zu verstehen.

Eine ehrliche Bestandsaufnahme und Kritik sind aber dringend nötig, wenn es darum geht, Mädchen und Jungen in muslimischen Familien zu erlauben, ein autonomes Leben frei von religiösen Angriffen zu führen und den Einzelnen vor kollektiven Angriffen zu schützen.

«Naiv» als antiliberaler Narrativ

Von Christian Mack

Waren wir zu naiv? Zu naiv im Umgang mit Putin, mit Russland, mit den Autokraten dieser Welt? Das haben wir jetzt vielfach gelesen, so oder sinngemäß. Im ersten Moment denkt man: Ja, wir waren zu naiv! Wie konnten wir nur! Unser Leben in den letzten Jahren war ein Irrtum!

Nun, niemand bestreitet, dass die deutsche Russlandpolitik der letzten Jahre aus heutiger Perspektive als problematisch bezeichnet werden kann, als umstritten, sogar vielleicht gescheitert. Doch war sie auch «naiv»? Schauen wir uns einmal an, was das bedeutet.

Nehmen wir mal an, da ist ein Ehepaar. Der Mann betrügt die Frau jahrelang. Würden wir da sagen, die Frau sei naiv? Sie hätte es wissen müssen, vielleicht hat sie es gar provoziert, durch Kleidung, Figur, Älterwerden? Doch eigentlich ist es umgekehrt: Der Mann ist der Schurke, der der Frau jahrelang ins Gesicht lügt.

Wer dann sagt, die Frau sei naiv, der schiebt ihr die Schuld in die Schuhe. Selber schuld, wärste mal selber drauf gekommen! Genauso fühlen sich manche, wenn man an Russland denkt – wie ein betrogener Ehepartner, der sich im Grunde über sich selbst ärgern möchte. Aber was hat die Frau denn gemacht? Sie hat darauf vertraut, dass der Mann – ihr Vertragspartner sozusagen – seinen Teil der Abmachung einhält, genauso wie sie den ihren.

Nun ist die Beziehung zwischen Ländern keine Ehe. Dennoch: Was ist daran falsch, wenn man annimmt, dass Menschen die Verträge, die sie unterschrieben haben, einhalten? Vielfach haben sich Autokraten ihre Beziehungen zu den westlichen Demokratien ja erst durch ihre Vertragstreue und politische Zuverlässigkeit erkaufte! Ich finde das nicht naiv, wenn man sich auf das Wort und die Unterschrift eines anderen verlässt. Sondern genau so sollte es funktionieren, auch und gerade in der Politik. Das hat mit Naivität nichts zu tun. Sondern mit unserem Menschenbild. Aber das funktioniert dann eben nur, wenn wir bereit sind, zu vertrauen.

Vertrauen meint dabei nicht «blauäugig» oder «leichtgläubig» und auch nicht den Verzicht auf Aufmerksamkeit. Vertrauen ist nicht naiv, sondern lebensnotwendig. Vertrauen (griechisch πίστις) ist eine Vorschussleistung für etwas, das man nicht sieht, für dessen Richtigkeit man auch keine Gewähr hat und von dem man dennoch zutiefst überzeugt, dass es gerechtfertigt ist. Vertrauen ist eine innere Lebenseinstellung (die sich von πίστις her übrigens in semantischer Nähe zum Glauben bewegt, wie der Hebräerbrief 11,1 nahelegt).

Zweifellos – Vertrauen ist auch immer eine Art Schutzlosigkeit. Eine Schutzlosigkeit, die wir aber ganz bewusst offen zeigen, um dem Gegenüber zu signalisieren, dass wir es ernst meinen, dass wir aufrichtig sind. Und es ist einfach zwingend nötig, das zu tun. Sonst ist es nicht aufrichtig. So funktioniert unsere Gesellschaft nun einmal. Es gehört zu uns dazu, zu unseren Werten, zu unserem Selbstverständnis, zu unseren politischen Umgangsformen, zu unserem Menschenbild. Wer dieses hohe Gut als «naiv» abwertet, übernimmt die Perspektive der Autokraten.

Was wäre die Alternative? Wie würde denn eine Gesellschaft aussehen ohne diese vermeintliche «Naivität», die man jetzt allenthalben unterstellt? Vermieter, die ihren Mietern grundsätzlich und von vornherein unterstellen, sie seien Mietnomaden? Wie könnten wir Autos oder gar Häuser finanzieren, wenn Banken ihren Kunden grundsätzlich unterstellen, sie würden die Kredite gar nicht zahlen *wollen*? Wie würde

unser Zusammenleben aussehen, wenn wir in anderen Menschen grundsätzlich nur das Schlechteste annehmen? Wie würde Schule funktionieren, wenn die Lehrkräfte grundsätzlich davon ausgehen, dass sie von ihren Schülerinnen und Schülern immer und stets und grundsätzlich angelogen werden? Wie würde eine Gesellschaft aussehen, in der wir den Menschen nicht vertrauen können und gar nicht vertrauen wollen? Wie würde eine Gesellschaft aussehen, in der wir nur das Schlechteste von anderen Menschen annähmen?

Kurz gefragt: Wie würde also eine Gesellschaft ohne gegenseitiges Vertrauen aussehen? Ganz einfach: Wie in Diktaturen wie Russland. Autoritär und repressiv, geprägt von Angst und Kontrollzwang. Und extrem ungleich: Kein anderes Land hat so große soziale Unterschiede wie Russland. Und das ist kein Zufall. Weil Wohlstand und Marktwirtschaft ohne Vertrauen gar nicht funktionieren können.

Vertrauen in andere Menschen, in ihre Vertragstreue, in ihre Ehrlichkeit, in ihre Aufrichtigkeit und ihre guten Motive sind deshalb nicht «naiv», sondern essenziell. Vertrauen ist die wichtigste Währung unserer westlichen Welt. Ohne Vertrauen ist Freiheit nicht möglich. (*nota bene*: Liberale von πίστις her als freiheits-«gläubig» zu bezeichnen, ist im ursprünglichen Wortsinn deshalb gerechtfertigt.)

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser? Nein! Liberale müssen Lenin hier widersprechen. Kontrolle ist gut (wenn überhaupt), Vertrauen ist jedoch immer besser. Vertrauen in andere Menschen, in ihr Verantwortungsbewusstsein oder ihre Vernunftbegabung beispielsweise, prägt das liberale Menschenbild und Gesellschaftsmodell. Wenn Liberale den Menschen Eigenverantwortung zumuten und zutrauen, beispielsweise in der Pandemie, in der Altersversorgung oder beim Umweltschutz, dann braucht es dafür Vertrauen. Nur mit Vertrauen bewegen wir uns im Geschäftsleben. Mit Vertrauen, nicht mit Kontrolle wollen wir auch unsere Kinder erziehen. Und wenn Liberale flächendeckende Videoüberwachung oder die Vorratsdatenspeicherung ablehnen, hat

auch das mit dem Stellenwert von Vertrauen zu tun. Vertrauen ist die Voraussetzung einer freien, einer liberalen Gesellschaft.

Das ist aber keine Schwäche der demokratischen Gesellschaften, sondern im Gegenteil ihre Stärke. Es ist ein grundlegendes Missverständnis, dem jetzt auch Putin auf den Leim gegangen ist, Vertrauen mit Wehrlosigkeit und Schwäche zu verwechseln. Der Euromaidan war eben keine Verschwörung westlicher Geheimdienste. Und genau deshalb werden die russischen Soldaten zu ihrer eigenen Überraschung jetzt auch nicht als Befreier begrüßt. Putin – ausgerechnet der alte KGB-Agent – mag das nicht verstehen, aber genau darin wiederholt er den grundlegenden Fehler des Ostblocks. Ausgerechnet, indem Putin den Untergang des Ostblocks revidieren will, beweist er, warum der Ostblock beinahe zwangsläufig an sich selbst scheitern musste: Wer nicht vertraut, kann die Freiheit nicht verstehen. Wer aber die Freiheit nicht versteht, kann auch die wahre, die unsichtbare Stärke des Westens nicht verstehen. Der sich zum Retter der russischen Größe aufschwingen wollte, wird unabsichtlich selbst zum Vollstrecker des Untergangs der eigenen Ideen. Diese Dialektik trägt Züge einer griechischen Tragödie, einer grausamen freilich, wie uns die Bilder aus der Ukraine bitter lehren.

Ja, Vertrauen kann missbraucht oder enttäuscht werden. Darin steckt eine große Gefahr. Nämlich die Gefahr, aus dieser Erfahrung zu lernen und künftigen Missbräuchen oder Enttäuschungen vorzubeugen. Die Gefahr besteht darin, den Grund für den Missbrauch oder die Enttäuschung nicht im Gegenüber zu sehen, der vielleicht mutwillig das Vertrauen missbraucht hat, sondern irrigerweise das eigene Vertrauen zur Disposition zu stellen. «Wir konnte ich nur so naiv sein!» Das mag menschlich verständlich sein, vielleicht sogar häufig naheliegend. Für Liberale ist es jedoch keine echte Option.

«Werft euer Vertrauen nicht weg!», ruft uns der Hebräerbrief zu (Hebr 10,35). Es ist ein unbequemer Appell, den wir Liberale ernstnehmen müssen. Es geht nicht darum, dass wir aus Gründen der Staatsraison jetzt irgendwie doch noch Gesprächskanäle aufrechterhalten müssen. Oder dass wir die Einsicht haben, dass es nach dem Krieg

irgendwann wieder ein Auskommen mit Russland geben muss. Das mag alles stimmen. Aber das sind pragmatische, nicht liberale Argumente.

«Werft euer Vertrauen nicht weg!», das ist ein Appell in uns hinein. Das ist nicht leicht; im Gegenteil. Dennoch: Bei allem, was unser Vertrauen heftig herausfordert, hinterfragt oder in Zweifel zieht, müssen wir darauf achten, dass wir wir selber bleiben. Wir dürfen die Fähigkeit zu vertrauen nicht verlieren – um unserer selbst willen. Als Liberale müssen wir uns allen Stimmen entgegenstellen, die Vertrauen mit Naivität verwechseln, gleichsetzen oder gar ablehnen. Denn wer Vertrauen verliert, gibt die Freiheit preis.

Nein, wir sind nicht naiv und wir waren es auch nicht – wir vertrauen. Und genau das macht uns zu freien Menschen.

Die Abschaffung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche

Von Pascal Kober

Der Erhalt jedes einzelnen Lebens ist von sehr großer Bedeutung und wird keineswegs auf die leichte Schulter genommen. Der Vorgang eines Schwangerschaftsabbruchs soll nicht verharmlost werden. Der Schutz des ungeborenen Lebens ist unteilbar. Ein wesentliches Grundprinzip unserer Verfassung ist das Lebensrecht ungeborener Menschen - wo das Leben beginnt und endet wird von verschiedenen Kulturen und Religionen unterschiedlich aufgefasst und so ist die Diskussion über Schwangerschaftsabbrüche konfliktreich aber höchst relevant für unsere Gesellschaft.

Ein wichtiger Teil dieser Debatte war in den vergangenen Jahren § 219a des Strafgesetzbuchs. Dieser Paragraph stellt „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ unter Strafe. Ärztinnen und Ärzte, die sachliche Informationen über Abtreibungen veröffentlichen, müssen mit Geldstrafen oder Freiheitsstrafen von bis zu zwei Jahren rechnen. Nachdem der Paragraph von der vorherigen Regierung überarbeitet

wurde, haben die neuen Regierungsparteien SPD, Grüne und FDP im Rahmen des Koalitionsvertrags eine vollständige Abschaffung des Werbeverbots festgehalten.

Schnell in Angriff genommen, wurde im Januar ein Gesetzesentwurf zur Abschaffung des umstrittenen Paragraphen von Bundesjustizminister Marco Buschmann vorgestellt. Er beschrieb diesen als „wichtigen Schritt für die Selbstbestimmung der Frau“. Weiter erklärte der Minister: „Frauen sollten sich bestmöglich über die Methoden und möglichen Risiken eines Schwangerschaftsabbruchs informieren können und dafür müssen alle Wege offen stehen“. Gleichzeitig betonte Buschmann, dass andere gesetzliche Regelungen gegen „anpreisende und anstößige Werbung für Abtreibungen“ weiter gültig seien und der Schutz des ungeborenen Lebens unverändert bleibe.

Große Teile der katholischen Kirche kritisieren diesen Gesetzesentwurf und die daraus folgende Streichung des Werbeverbots. So bezeichnet die Deutsche Bischofskonferenz die Abschaffung des Paragraphen als „überflüssig“. Georg Bätzing, Vorsitzender der Konferenz, sagte im Januar, die Streichung könne nicht den Anspruch erheben „fortschrittlich und modern zu sein“, weil sie den Schutz des ungeborenen Lebens zurücknehme. Frauen könnten bereits heute vielfältige Informationen aus unterschiedlichsten Informationsquellen erhalten. Auch katholische Frauenverbände sprechen sich gegen die Abschaffung des § 219a aus, da man „in doppelter Anwaltschaft für schwangere Frauen in Notlagen sowie für den Schutz des ungeborenen Lebens ein[stehe]“. Der Bund der katholischen Jugend (BDKJ) befürwortet eine Abschaffung des Werbeverbots im Gegensatz zu weiten Teilen der katholischen Kirche. Daniela Hottenbacher, Vorsitzende der BDKJ, begründet diese Position mit den Worten: „Der Paragraph § 219a spiegelt ein Frauenbild wider, das wir entschieden ablehnen.“ Die allgemeine Position der katholischen Kirche in der Abtreibungsdebatte entspringt vor allem der Überzeugung, dass jedes Leben ein Geschenk Gottes ist. Somit erachten Katholiken das menschliche Leben als besonders schützenswert.

Die evangelische Kirche positioniert sich nicht eindeutig zum Gesetzesentwurf des Justizministers. Martin Dutzmann, Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), sagte: „Das verspricht tatsächlich auch eine innerkirchliche Auseinandersetzung, aber der müssen wir uns stellen.“ Während der Rat der EKD sich bislang für ein Werbeverbot ausspricht, befürworten evangelische Frauenverbände dessen Abschaffung. Auch Tanja Gambino, Leiterin des Referats Offene Sozialarbeit beim Diakonischen Werk, sieht den Wegfall des § 219a als Chance. So haben Frauen zukünftig die Möglichkeit, sich über die Seiten der Fachmedizin sachlicher und sachgerechter zu informieren, denn bislang seien Betroffene „durch Infos aus dem Netz eher irritiert“ und häufig beängstigt worden.

Das Bundeskabinett stimmte dem Gesetzesentwurf des Justizministers Marco Buschmann Anfang März zu, nun sind Bundestag und Bundesrat am Zug und müssen über die Änderung abstimmen.

Weniger Deutsche mit christlicher Bindung

Von Pascal Kober

Über Jahrhunderte war es in Deutschland üblich, einer der großen Kirchen anzugehören. Inzwischen ist der Anteil der Kirchenmitglieder auf unter 50 Prozent gesunken, wie neue Hochrechnungen zeigen. Kirchenmitglieder sind in Deutschland nur mehr eine Minderheit, sodass es in diesem Land keine kirchlich gebundene Mehrheit der Bevölkerung mehr gibt. Forscher sprechen von einer „historischen Zäsur“.

Eine von der F.A.Z. in Auftrag gegebene Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach ergab, dass nur 28% der Deutschen derzeit Mitglied der evangelischen Kirche sind. 25% der Deutschen sind eingetragene Mitglieder der katholischen Kirche, ein drastischer Rückgang gegenüber 1995, als 37% evangelisch und 36% katholisch waren. Trotzdem sind 70% der Bevölkerung der Überzeugung, dass das Christentum zu

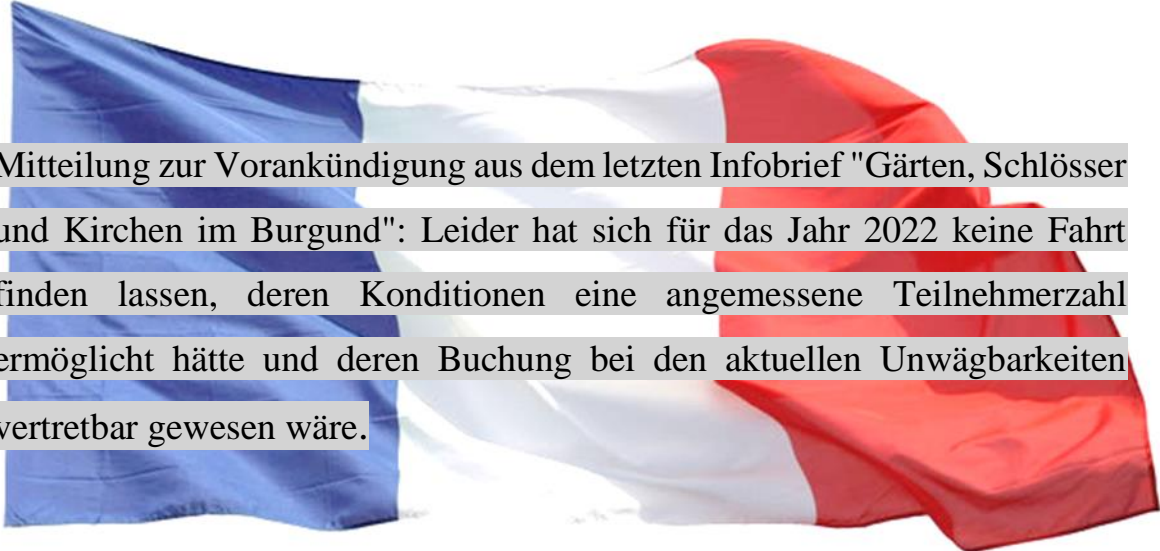
Deutschland gehöre; dieser These schlossen sich auch rund 55% der Konfessionslosen an. Gleichzeitig gibt es in den neuen Bundesländern mehr konfessionslose Mitglieder, die nicht glauben, dass das Christentum zu Deutschland gehört; wahrscheinlich aufgrund der Religionsfeindlichkeit der DDR. Ein ähnlicher Rückgang ist beim Islam nicht zu beobachten. Im Gegenteil: Im Jahr 2020 verzeichnete der Islam in Deutschland 5,5 Millionen Muslime und Muslima; im Vergleich dazu waren es 1945 gerade einmal 6.000 und 2002 3,5 Millionen.

Auch die Zustimmung zu fundamentalen christlichen Glaubenssätzen hat abgenommen. Sagten 1986 noch 56% der Westdeutschen, sie glauben an die Dreifaltigkeit, so sind es heute noch 37%. Sagten 1986 noch 56% der Westdeutschen, sie glaubten, Jesus sei Gottes Sohn, so glauben dies heute nur noch 37%. Von 38% auf 24% ist der Glaube an die Auferstehung von den Toten gefallen.

Die geringere Religionsfestigkeit spiegelt sich auch in den Gottesdienstbesuchen wider. Im Jahr 2020 gab es in Deutschland rund 22,3 Millionen Katholiken aber nur durchschnittlich 1,3 Millionen katholische Gottesdienstbesucher.

Es gibt zwei grundlegende Faktoren für Kirchenaustritte: den demografischen und den finanziellen Faktor. Der demografische Faktor beschreibt die "Übersterblichkeit" in der Kirche. Die für die Zukunft erwarteten Todesfälle übersteigen bei weitem die Zahl der getauften Kinder. Die meisten Austritte erfolgen im Alter zwischen 25 und 35 Jahren. Die Austritte dieser jungen Menschen fallen oft zeitlich mit dem Eintritt in das Berufsleben und damit mit der ersten Kirchensteuerzahlung, dem finanziellen Faktor, zusammen. Viele meinen auch, sie bräuchten keine Religionszugehörigkeit, um gläubig zu sein, oder sie lehnen bestimmte Moral- und Gesellschaftsvorstellungen der christlichen Kirchen ab, wie etwa die katholische Sexualethik.

Mitteilung



Mitteilung zur Vorankündigung aus dem letzten Infobrief "Gärten, Schlösser und Kirchen im Burgund": Leider hat sich für das Jahr 2022 keine Fahrt finden lassen, deren Konditionen eine angemessene Teilnehmerzahl ermöglicht hätte und deren Buchung bei den aktuellen Unwägbarkeiten vertretbar gewesen wäre.



Christliche Liberale e.V.

E-Mail: info@christliche-liberale.de •

Homepage: www.christliche-liberale.de

Christliche Liberale – EKK eG –

Konto: 3693244 - BLZ: 520 604 10, IBAN: DE02520604100003693244

- BIC: GENODEF1EK1